

gelesen

Udo Scheer

Nicht jedem, der in Freiheit lebt, ist erklärbar, was Freiheit bedeutet

Erich Loest: *Einmal Exil und zurück*, Steidl Verlag, Göttingen 2008, 288 Seiten, 16,00 Euro.

Ehrhart Neubert:
*Unsere Revolution.
Die Geschichte
der Jahre 1989/90*,
Piper Verlag, München 2008,
520 Seiten 24,90 Euro.

Monika Deutz-Schroeder,
Klaus Schroeder:
*Soziales Paradies
oder Stasi-Staat? Das
DDR-Bild von Schülern –
ein Ost-West-Vergleich*,
Verlag Ernst Vögel,
Stamsried 2008,
760 Seiten, 46,00 Euro.

Es ist „Geschichte, die noch qualmt“, schreibt Erich Loest in seinem jüngsten Sammelband *Einmal Exil und zurück*. Einmal mehr erweist er sich darin als unbestechlicher Chronist, dessen literarisch-essayistische Einmischungen „durch das Unterholz deutscher Geschichte“ führen, wie es ein Feuilletonist anlässlich

seines achtzigsten Geburtstages vor drei Jahren treffend formulierte. Die in seinem jüngsten Buch versammelten streitbaren Beiträge zielen zugleich ausnahmslos in die Niedrungen der Gegenwart.

Wider das Vergessen

Er blickt zurück auf die Weimarer Republik, auf jene, die ihre „ungeahnten Freiheiten“ scheut und Hitler wählten, um im nächsten Satz auf ein verbreitetes Phänomen im heutigen Mitteldeutschland hinzuweisen: „Wer lieber ans Händchen genommen wird, erinnert sich an alte Obrigkeitfürsorge und wählt die SED-Nachfolgepartei.“

Gegen das verbreite Vergessen setzt er sehr persönliche Rückblicke: seine siebeneinhalbjährige politische Haft in Bautzen II, den unverzeihlichen Freundesverrat durch seinen ersten Lektor und engsten Vertrauten IM „Adler“, die Vertreibung der Familie 1981 aus der DDR, seine zweite Heimat Bad Godesberg, seine Rückkehr 1990 in sein so

geliebtes wie heruntergewirtschaftetes Leipzig.

Kritische Einmischung

Es sind die aktuellen Auseinandersetzungen, die den Visionär und streitbaren Moralisten immer wieder an seine alte elektrische Schreibmaschine treiben. Er engagiert sich gegen kommunalen Kahlenschlag bei städtischen Bibliotheken, besonders mit Blick auf Arme und ihre Kinder, und gründet Initiativen mit. Nach dem westdeutschen Vorbild „Eine Stadt liest ein Buch“ schlug er zum Erscheinen seines 17.-Juni-Romans *Sommergewitter* dem Leipziger Oberbürgermeister vor: „Leipzig liest Loest.“ Was folgte, war Schweigen, so als wollten einflussreiche Köpfe im städtischen Beziehungsgeflecht nicht mehr an den Volksaufstand gegen die SED-Herrschaft erinnert werden. Die Stadt Halle griff die Idee auf – mit bestem Erfolg. In Leipzig dagegen stört der 1996 zum Ehrenbürger Ernannte offenbar zunehmend mit seiner kritischen Einmi-

schung. In der Verwaltung hörte man es äußerst ungern, wenn er mit leichtem Spott auf das Milliardenloch im Stadtsäckel nach dem vorhersehbaren Olympiabewerbungsdesaster hinwies. Auch Uni-Rektor Häuser nahm den Fehdehandschuh auf. Er ließ ein dreiunddreißig Tonnen schweres bronzenes Marx-Relief, seit 1990 Prestigeobjekt der PDS / DIE LINKE und Streitobjekt in der Stadt, neu vor der Mensa der Sporthochschule aufstellen. Auch Werner Tübkes sozialistisches Kolossalgemälde „Arbeiterklasse und Intelligenz“ ließ der Rektor im Uni-Neubau aussagekräftig platzieren. Darauf findet man unter anderen den früheren SED-Bezirkschef Paul Fröhlich konterfeiti, jenen Funktionär, der die bürgerlich-humanistische Universität zerschlagen ließ und der sich 1968 als Sprengmeister der Universitätskirche einen Namen machte. Loest schlug vor, zu diesem SED-Auftragswerk ein Gegenbild mit mutigen Leipzigern zu hängen, unter ihnen Ernst Bloch und Hans Mayer, die Fröhlich aus der DDR vertreiben ließ. Das Gemälde wurde von Reinhard Minkewitz geschaffen, doch die Universität verweigert ihren Raum.

Hintergründe werden deutlich, wenn man den

Cover des Buches
von Monika Deutz-Schroeder und Klaus Schroeder.
© picture-alliance/dpa



ersten Satz aus Erich Loests Artikel *Balsam aus der guten alten Zeit* vom Dezember 2007 liest: „Die Linkspartei in Leipzig, angeführt vom ehemaligen Stasi-Spitzel Külow, hat erklärt, bei der Wahl von 2009 die mit Abstand stärkste Fraktion im Stadtparlament werden zu wollen.“ Die *Leipziger Volkszeitung*, das frühere SED-Bezirksorgan, lehnte Loests Abdruck ab.

Politische Spannungen

Dafür legte der Autor, der wohl den wenigsten als

Dramatiker bekannt ist, mit „Ratzel speist im ‚Falco‘“ nach. Allein für dieses Stück lohnte sich das Buch. Darin lassen der ehemalige SED-Bezirkschef, sein erster Stasi-Mann, ein Parteinstruktur und eine Volkszeitungsredakteurin den heißen Herbst ‚89 und ihren perfekten Neustart Revue passieren. In der Rahmenhandlung heute, beim illustren Mahl über den Dächern von Leipzig, befinden sie: „War doch gar nicht ungeschickt von uns, den Kapitalisten

zwischendurch noch mal 'ne Chance zu geben. Haben sie doch ganz gut hingekriegt, oder? [...] Unsere Linie damals: den Staat zeitweilig abgeben, die Partei erhalten.“ Mit dabei in der gespenstischen Runde ist Kaltow, leicht erkennbar als Leipzigs Links-Partei-Chef Volker Külow. Man glaubt es Erich Loest gern, wenn er mit seinem urteilmächtigen Dickschädel verspricht: „Wir werden uns so lange fetzen, bis uns allen die Puste ausgegangen ist.“ Liest man dieses Buch, erlebt man hautnah, welche politisch restaurative Spannung sich im Osten gegenwärtig aufbaut.

Großer Überblick 1989

Vor gut zehn Jahren machte Ehrhart Neubert sich einen Namen mit der *Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989*. Jetzt legt der Autor, von Haus aus Theologe, aber auch Zeithistoriker und von 1997 bis 2005 Leiter des Forschungsbereiches der Bundesbeauftragten für Stasi-Unterlagen, laut Verlagsankündigung „die erste Gesamtdarstellung“ der Revolution von 1989 bis zur Wiedervereinigung vor. Tatsächlich bietet *Unsere Revolution* auf 440 Textseiten einen Parforceritt durch jenes geschichtsträchtige Jahr. Gut lesbar, in den dramati-

tischen Ereignissen regelrecht packend, lässt Neubert Bilder Revue passieren, die die Dynamik, aber auch die politischen Entscheidungen und Hintergründe wieder lebendig machen. Als Insider, unter anderem als Mitbegründer des in der CDU aufgegangenen „Demokratischen Aufbruchs“, zugleich mit historischem Draufblick, zeigt er, wie offen der Prozess mehrfach war, wie leicht Entwicklungen hätten kippen können.

Aufbruch und Mauerfall

Neubert erinnert an den unter bundesdeutschen Politikern bis weit in den Herbst 1989 vorherrschenden Konsens: „Für die Statik des europäischen Hauses“ sei die Existenz zweier deutscher Staaten unerlässlich. Auch die übergroße Mehrheit der DDR-Bürgerrechtler konnte sich – selbst noch im Frühjahr 1990 – nur einen reformierten Sozialismus und Zwei-staatlichkeit vorstellen. Die Quittung war ihre vernichtende Niederlage mit 2,9 Prozent bei den ersten freien Wahlen am 18. März. Den überaus uneinheitlichen, zumeist basisdemokratischen Akteuren, vor allem im „Neuen Forum“, fehlte ein charismatischer Führer, und ihnen fehlte ein politi-

sches Programm, das den Mehrheitsinteressen entsprach. In *Unsere Revolution* sind die Ursachen für ihr Scheitern in seltener Klarheit herausgearbeitet.

Neubert beginnt die Geschichte des gesellschaftlichen Umbruchs 1989 mit dessen Vorgeschichte. Und er macht nacherlebbbar, wie der Frustration über die aufgedeckten Wahlfälschungen im Mai 1989 sich in einem einmaligen Ausreisestrom entlud. Tatsächlich hätten gerade die „Ausreiser“ es verdient, in ihrer Bedeutung für die Herbstereignisse noch klarer dargestellt zu werden. Denn von der Opposition vielfach als Wohlstandsflüchtlinge verachtet, war es genau diese massenhafte Absetzbewegung, die am 2. Oktober in Leipzig, Dresden und Plauen zur Initialzündung für die kommenden Demonstrationen wurde. „Wir wollen raus!“ stand neben „Wir bleiben hier!“. Mit „Wir sind das Volk!“ stellte die Menge auf der Straße erstmals eindrucksvoll die Machtfrage gegen das Ausbluten des Landes. Vor dem Mut der 70 000 am 9. Oktober in Leipzig versagten dann Polizeikessel und Wasserwerfer.

Emotional eindrucksvoll gelingen dem Autor die Schilderungen des Aufbruchs und des

Mauerfalls, darunter auch jene Pressekonferenz vom 9. November mit Günter Schabowskis Irritation bezüglich der neuen Reiseregelung: „Sofort!? Unverzüglich!?” Danach war es die ARD, die „entgegen der tatsächlichen Situation“ die Grenzöffnung verkündete. Neubert schildert die Solidarität der Westdeutschen, im weiteren Verlauf den chancenlosen Versuch erster frei gewählter DDR-Politiker, soziale Werte in ein geaines Deutschland einzubringen, oder auch den Kampf um Öffnung der Stasi-Akten – auch gegen den Willen der Bundesregierung.

Neue Erkenntnisse

Die enormen Anstrengungen, einerseits zur Restaurierung der SED-Macht, andererseits zur Wiedervereinigung, werden im Buch anhand neuer Erkenntnisse sichtbar. Das erfolglose Ringen der Krenz-, später Modrow-Regierung um sowjetischen Beistand ist ebenso aufschlussreich zu lesen wie Helmut Kohls diplomatisches Geschick in einem offenbar tatsächlich kleinen Zeitfenster gegenüber den vier Besatzungsmächten. Man ahnt, ohne den Druck der unverminderten Abwanderung Ostdeutscher und ihre Brisanz für die Stabilität in beiden

deutschen Staaten wäre die Geschichte womöglich etwas anders verlaufen.

In der gebotenen Beschränkung gelingt es dem Autor leider nicht, einige wichtige Entwicklungen so zu vertiefen, wie sie es verdienten. Darunter der Verbleib der sich etablierenden SED-Funktionsträger nach dem Ende der DDR oder auch die folgenschwere Rolle der Treuhand- und Marktpolitik in den neuen Ländern. Fragwürdig mutet auch Neuberts These an, im Januar '90 habe es eine eigenständige zweite Revolution gegeben – für schnelle Wiedervereinigung, gegen die Restaurierung der SED.

Dennnoch bietet das Buch einen ersten großen Überblick über das Aufbruchsjahr 1989 / 90, wie ihn selbst Beteiligte damals unmöglich gewinnen konnten. Man darf sicher sein, weitere Stimmen werden sich zu Wort melden, vertiefende, in manchen Punkten auch kontroverse. Die Forschung zur deutschen Wiedervereinigung ist im Fluss. Ehrhart Neubert hat dazu ein grundlegendes Werk vorgelegt.

Gravierende Bildungslücken

Umso bemerkenswerter erscheint es, wie sehr die deutsche Teilungsgeschichte, die Weiße-

Kerzen-Revolution und die Volkserhebung hin zur Wiedervereinigung im heutigen gesellschaftlichen Gedächtnis dem Vergessen anheimfallen. Willy Brandt war ein berühmter DDR-Politiker, die Berliner Mauer wurde von den Alliierten errichtet, das MfS war ein Geheimdienst wie in jedem anderen Land – das glauben aktuell zwischen zwanzig und dreißig Prozent von mehr als 5000 befragten Schülern aus Berlin, Brandenburg, Bayern und Nordrhein-Westfalen. Wohl keine Studie wurde in letzter Zeit bundesweit so intensiv diskutiert wie die des Politikwissenschaftlers,

Soziologen und Leiters des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin, Professor Klaus Schroeder, über die gravierenden Bildungsdefizite unter Jugendlichen zur jüngsten Geschichte.

Durch ihn und Monika Deutz-Schroeder jetzt auch in Buchform gefasst, ist ein 760-seitiges Handbuch entstanden, das mit seinen grafisch übersichtlich dokumentierten Ergebnissen eine im wahrsten Wortsinn gewichtige Analyse zum mentalen Stand unserer politischen Kultur darstellt. Wer sich darüber hinaus in diese Arbeit hineinliest, wird zu allen

abgefragten Wissensbereichen auf knapp einhundert Seiten faktenreiche Kurzdarstellungen finden. Sie reichen vom Alltag in der DDR bis zum Umgang mit Ausländern, von ärztlicher Versorgung bis zum politischen System, von Hintergründen der Arbeitsplatzsicherheit bis zur Umwelt- und Wohnsituation und so weiter und bieten ein bislang einmaliges Kompendium über die Lebensverhältnisse in der DDR. Allein dieser Abschnitt für sich ist schon lesenswert.

Gravierende Bildungslücken über den verschwundenen Staat attestieren sich nach Schroeders Studie zwischen 82 Prozent (Brandenburg) und 89 Prozent (NRW) der Schüler selbst. Nur in Bayern meinen 27 Prozent der Schüler, gut über die DDR informiert zu sein. Soziale Gerechtigkeit sieht die Hälfte aller Befragten in der untergegangenen DDR größer oder ebenso groß wie in der Bundesrepublik, wobei Jugendliche aus dem Osten den SED-Staat deutlich positiver bewerten (Brandenburg 68 Prozent, Bayern 33 Prozent). Ähnlich klare Unterschiede zeitigt die Frage, ob die DDR eine Diktatur gewesen sei. Während in Bayern 72 Prozent und NRW

66 Prozent dieser Auffassung sind, zeugen 54 Prozent in Berlin und 49 Prozent in Brandenburg von einem stark deformierten Geschichtsbild. In der Summe der Antworten zeigt die Feldstudie bislang einmalig deutlich, heute Schüler zu sein bedeutet, wenig über DDR und Diktatur zu wissen. Und: Die am wenigsten wissen, neigen am stärksten zu Verklärung.

Alarmierendes Fazit

Das DDR-Bild bei den befragten Schülern aus Berlin und Brandenburg entspricht auffällig dem heute dort verbreiteten Bild einer Normalität in einer „Konsensdiktatur“. Dort, wo Schulen versagen, spielen Milieus, verklärende Erinnerungen und Zukunftsverunsicherung in ostdeutschen Familien bei der Prägung Jugendlicher eine entscheidendere Rolle als bislang angenommen. Auch das ist ein Fazit der Studie. Erfreulicherweise zeigt sie aber auch, fast sechzig Prozent der befragten Schüler möchten gern mehr über die DDR erfahren.

Während Ministerpräsident Wolfgang Böhmer in Sachsen-Anhalt angesichts der alarmierenden Daten einen wirksamen Bildungsplan für 2009/2010 zur Chefsache

erklärt hat, vermitteln die Bildungsministerien in Berlin und Brandenburg derzeit den Eindruck, als gebe es wenig Bereitschaft, sich mit den Wissensdefiziten ihrer Schüler auseinanderzusetzen und daraus Konsequenzen für ihren Bildungsauftrag zu ziehen. Selbst die diesen Ministerien unterstellten Landeszentralen für politische Bildung haben den Ankauf der kritischen Analyse in einer überaus preiswerten Paperback-Ausgabe abgelehnt. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage: Ist ein fundiertes Wissen über die Teilungsgeschichte und das Wesen der Diktatur für die nachwachsende Generation in Berlin und Brandenburg tatsächlich politisch ernsthaft erwünscht?

Die durch Professor Schroeder vorgelegte Studie rüttelt auf und überzeugt durch ihre Tiefenanalyse. Mit Blick auf die Zukunft warnt sie: Eine uninformierte Jugend wird nicht nur gleichgültiger gegenüber Demokratie und Freiheit, eine solche Generation wird auch anfälliger gegenüber links- wie rechtsradikalen Verheißungen. Die Kultusministerien und Institutionen für politische Bildung in allen Bundesländern sind jetzt direkt angesprochen und aufgefordert zu handeln.